



CDU

FRAKTION IM RAT
DER BUNDESSTADT BONN



Argumente zur weiteren Zukunft Frankenbad

- Das **Frankenbad** bleibt bis zur Fertigstellung des neuen Bades geöffnet.
- Das Grundstück Frankenplatz/Frankenbad verbleibt möglichst im städtischen Eigentum. Eine Nutzungsvergabe über Vermietung, Verpachtung oder Erbpacht ist anzustreben.
- Dabei sollte das Baudenkmal Frankenbad soweit wie möglich erhalten und einer neuen wirtschaftlichen Nutzung zugeführt werden.
- Die in Frage kommenden Handlungsoptionen sollen im Rahmen eines **städtebaulichen Wettbewerbs** zügig untersucht werden. Hierbei sind die den integrativen Zusammenhalt des Ortsteils dienlichen Nutzungen zu berücksichtigen. Die Verwaltung wird in diesem Zusammenhang beauftragt, Sondierungsgespräche mit potentiellen Interessenten aus den Bereichen Kultur, Sport und Stadtteilintegration zu führen.
- Nach unserer Auffassung ist es derzeit viel zu früh, über eine **Nachnutzung des Frankenbadareals** nachzudenken oder gar Beschlüsse zu fassen. Es ist jetzt angezeigt das Neubauvorhaben voranzutreiben und zügig umzusetzen. Man kann bei den älteren Bädern nicht absehen, wie lange der Betrieb dort aufrechterhalten werden kann. Bis zur Fertigstellung sollte das Frankenbad durchhalten aber garantieren kann das keiner.
- Wir haben genau wie beim Viktoriakarree überhaupt **keine Angst vor einem Bürgerbegehren**. Man muss aber die Bürger auch entscheiden lassen und das nicht wie von SPD und Grünen beschlossen, verhindern, weil man Sorge vor der Entscheidung der Bürger und zwar aller Bürger hat. Wir sind ganz sicher, dass die Bonnerinnen und Bonner in gesamtstädtischer Verantwortung die Ratsentscheidungen breit mittragen.
- Für eine **wirtschaftlich vertretbare Nachnutzung des Frankenbadareals** sind wir völlig offen. Wir werden dort einen städtebaulichen Wettbewerb durchführen und dann ergebnisorientiert weitere Schritte einleiten. Das kann man dann in drei Jahren angehen. Wir sind aber nicht bereit, uns schon jetzt unaufhörlich mit dem zweiten Schritt vor dem ersten zu beschäftigen.

Bonn im September 2016